

Antrag Nr. 17

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 182. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 13. November 2024

Sozial gerechte Mobilität – Verbesserungen für Fußgänger:innen fortführen

Unter dem Schlagwort „Stadt der kurzen Wege“, bemüht sich die Stadt Wien den täglichen Einkauf, den Weg in die Schule und den Kindergarten sowie zur nächsten ÖV-Haltestelle in kurzer Zeit, verkehrssicher und konfliktfrei sicherstellen zu können. Dafür ist die Fortsetzung der Wiener Verkehrspolitik hinsichtlich der Schaffung guter Bedingungen für das „zu Fuß Gehen“ notwendig. Alle Bemühungen in diese Richtungen unterstützen die Lebensqualität der Menschen. Es braucht eine attraktive Fußweggestaltung mit Begrünung und Verweilmöglichkeiten, fußgängerfreundliche Ampelschaltungen, mehr Platz für Fußgänger:innen für ein konflikt- und unfallfreies Miteinander mit den anderen Verkehrsteilnehmer:innen. Aber es braucht auch neue Regelungen für neue Trends: eMoped-ähnliche Fortbewegungsmittel (bis zu 25 km/h) nehmen deutlich zu. Dies führt zu zahlreichen Konflikten und Risiken auf Radwegen, aber auch auf gemischten Geh- und Radwegen, Fußgänger- und Begegnungszonen. Hier muss der Bund tätig werden. Die Stadt Wien sollte ihre bestehende Schwerpunktsetzung auf Fußverkehr kontinuierlich weiterführen.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher die Stadt Wien und den Bund auf, folgende Forderungen umzusetzen:

Auf Bundesebene

- Die eMoped-ähnlichen Fortbewegungsmittel (bis zu 25 km/h) führen zu zahlreichen Konflikten auf Rad- und Fußgängerinfrastruktur. Für ein sicheres konflikt- und unfallfreies Miteinander braucht es eine Überprüfung und Änderung der Benutzungsregelungen sowie strenge Kontrollen dieser Geräte.
- Viele sich in prekären Arbeitsverhältnissen befindlichen Botenfahrer:innen nutzen diese Fortbewegungsmittel und müssen zudem die Investition selbst tätigen. Dh alle künftigen Regeländerungen müssen darauf bedacht nehmen, um insbesondere dieser Gruppe Reaktionsmöglichkeiten auf geänderte Rahmenbedingungen bspw durch Übergangsfristen zu ermöglichen.
- Verpflichtende StVO Grundschulung für alle, die E-Bikes sowie eMoped-ähnliche Fortbewegungsmittel beruflich nutzen.
- Ausweitung des Praxislehrplans für den A,B,C und D Führerschein zum sicheren Verhalten in Bezug auf Fußgänger:innen und Fahrradfahrer:innen.

Auf Ebene der Stadt Wien

- Gestaltung attraktiver barrierefreier Fußwege und Schaffung zusammenhängender durch Bäume beschattete Fußwegnetze sowie Vorsorge öffentlicher Durchwegung
- Sicherstellung von ausreichend Platz und Raum (mindestens 2 m Gehsteigbreite) für den Fußverkehr, auch in den dichtbebauten Bezirken
- Schaffung von Sitzmöglichkeiten im öffentlichen Raum zum Ausruhen und Verweilen

- Sicherstellung leichter fußläufiger Zugänglichkeit von ÖV-Haltstellenbereichen
- Überprüfung und Reduzierung von unnötigen Fußgänger:innen-Lichtsignalanlagen in Tempo 30 Zonen
- Bevorzugung von fußgängerfreundlicher Ampelschaltungen, Reduzierung der mittleren Wartezeit
- Vermeidung von gemischten Geh- und Radwegen bei hohem Fuß- bzw. Radverkehrsaufkommen (z.B. Wiener Ringstraße)
- Aufhebung der Radweg-Benutzungspflicht auf (bestehenden) gemischten Geh- und Radwegen zu Gunsten der Fußgänger:innen
- Lückenlose und flächendeckende Sicherstellung barrierefreier Gehsteigführung

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich